



Tierschutzpartei, LV Niedersachsen
Geschäftsstelle: S. Berghoff, Schützenstraße 18, 27624 Geestland

Bundesgeschäftsstelle der
Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Landesverband Niedersachsen
Vorsitzende

Susanne Berghoff

Schützenstraße 18
27624 Geestland-Großenhain

Tel.: 04765 4443756

Mobil: 0170 5853670

Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

17. Mai 2023

Antrag an den 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Bezeichnung des Antrags: Änderung im Inhalt der Verschwiegenheitsverpflichtung

Antragsteller: Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen

Die bisherigen Punkte 1 bis 7 der Verschwiegenheitsverpflichtung werden durch die folgenden Punkte ersetzt:

1. Die Mitglieder des Bundesvorstands und der Landesvorstände der Partei Mensch Umwelt Tierschutz sind verpflichtet, alle direkt oder indirekt zur Kenntnis genommenen Informationen, die ihnen in Ausübung ihrer Tätigkeit im Vorstand bekannt werden und nicht bereits veröffentlicht wurden, vertraulich zu behandeln und hierüber gegenüber Nicht-Mitgliedern Stillschweigen zu wahren.
2. Vorstände können beschließen, die Verschwiegenheitspflicht bei bestimmten Themen dahingehend auszuweiten, dass alle mit dem Thema verbundenen Informationen den Kreis der Vorstandsmitglieder nicht verlassen dürfen. Eine solche ‚besondere Verschwiegenheitspflicht‘ ist im Protokoll festzuhalten.
3. Die unter Punkt 1 und Punkt 2 aufgeführte Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, wenn
 - a) ein Vorstand hinsichtlich einzelner Informationen die Verschwiegenheitspflicht per Abstimmung aufhebt,
 - b) die Offenlegung dazu dient, schweren Schaden von der Partei abzuwenden. Hier ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.
4. Die Verschwiegenheitspflicht gilt grundsätzlich nicht gegenüber dem Bundesschiedsgericht der Tierschutzpartei. Sie gilt ferner nicht gegenüber öffentlich-rechtlichen Institutionen, wenn diesen ein Auskunftsrecht zusteht.
5. Vorstandsmitglieder werden die im Rahmen ihrer Tätigkeit für die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ bekannt gewordenen personen- oder geschäftsbezogenen Daten zu keinem anderen Zweck als dem der rechtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben als Vorstandsmitglied verarbeiten, Dritten zugänglich machen, bekannt geben oder sonst

nutzen.

6. Die hier genannten Pflichten dauern auch nach Beendigung der Tätigkeit im Vorstand an.
7. Ein Verstoß gegen die vorstehend aufgeführte Verpflichtung stellt ein potenziell parteischädigendes Verhalten dar und kann zu einer Unterlassungsklage und einem satzungsgemäßen Parteiausschlussverfahren führen. Zudem kann ein schwerer oder vorsätzlicher Verstoß mit einer Vertragsstrafe von bis zu 500 Euro geahndet werden.

Begründung:

Eine Verschwiegenheitspflicht auch gegenüber Parteimitgliedern, die nicht zum jeweiligen Vorstand gehören, ist in der Praxis kaum durchzuhalten. Wenn ein Mitglied mehreren Vorständen angehört und darüber hinaus noch in BAKs tätig ist, so kommt es zu Themenüberschneidungen. Es kann nicht erwartet werden, dass stets erinnerlich ist, was in welchem Gremium besprochen wurde. Sollte es Besprechungspunkte geben, die keinesfalls den Kreis der jeweiligen Vorstandsmitglieder verlassen sollen, so ist dies ausdrücklich zu beschließen und protokollarisch festzuhalten.

Die Androhung einer Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 5.000 Euro ist für eine rein ehrenamtliche Tätigkeit völlig unangemessen und kann zu Einschüchterungsversuchen missbraucht werden.



Susanne Berghoff
Vorsitzende
Mitgliedsnr. 2857



Susanne Knels
Schriftführerin
Mitgliedsnr. 12622